

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 2

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

VON DR. MARCEL BERTSCHI

Innenpolitik

Die Schweiz befindet sich nach wie vor in einer praktisch ungebrochenen Hochkonjunkturperiode. Den unbestreitbar schönen Seiten (Vollbeschäftigung, leicht steigende Löhne) stehen aber auch Schattenseiten gegenüber. Vor allem beunruhigt die nicht abzustoppende Teuerung die führenden Leute unseres Landes immer mehr. Dann zeigt es sich aber auch täglich deutlicher, wie abhängig wir vom Ausland geworden sind. Hätten wir nicht die großen Gastarbeiterheere in der Schweiz, würden nicht vom Ausland Millionen Dollar unseren Banken zuströmen, unsere wirtschaftliche Hochblüte wäre schon längst geknickt worden. Die zunehmende Auslandabhängigkeit bildet für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Wirtschaft alles andere als eine gesunde Basis. Die Rekordhöhe des Außenhandelsdefizits von 1962 sollte ein warnender Fingerzeig sein: Bei einer Einfuhr im Wert von 12 986 Millionen Franken und einer Ausfuhr von 9580 Millionen Franken erreichte das Defizit 3406 Millionen Franken, was einen Fehlbetrag pro Kopf der Bevölkerung von 620 Franken ausmacht.

Als wichtigster Handelspartner der Schweiz figuriert nach wie vor die EWG, vor allem Westdeutschland, wie die folgenden Zahlen beweisen. Einfuhr: EWG 8197 Millionen, davon Westdeutschland 4087 Millionen; EFTA 1721 Millionen; Übersee 2607 Millionen. Ausfuhr: EWG 4022 Millionen (Defizit 4174 Millionen), davon Westdeutschland 1668 (Defizit 2419 Millionen); EFTA 1712 (Defizit 9 Millionen); Übersee 3196 (Überschuß 589 Millionen).

Am Export war die Maschinenindustrie mit 34 Prozent, die Chemische Industrie mit 19 Prozent und die Uhrenindustrie mit 14 Prozent beteiligt. Der Rekordeinfuhr entsprechen natürlich auch Rekordeinnahmen des Bundes. 1962 nahm der Bundesfiskus 3,63 Milliarden Franken ein, 440 Millionen mehr als im Voranschlag angenommen wurde. 1961 hatten die Einnahmen die Höhe von 2,98 Milliarden Franken erreicht, 1960 2,8 Milliarden. Den größten Anteil an diesen Rekordeinnahmen hatten die Einfuhrzölle mit 893 Millionen (Budget 750, Vorjahr 813,4), die Wehrsteuer mit 602 Millionen (480, 231), die Warenumsatzsteuer mit 895,5 Millionen (800, 772,8).

Auch die andern Einnahmen stiegen, wie Tabak- und Biersteuer. Die Treibstoffzölle jedoch machten eine aufsehenerregende Ausnahme, sie sanken

von 377,8 Millionen im Jahre 1961 auf 322,3 Millionen im Jahre 1962. Auch der Treibstoffzollzuschlag, der ab 15. Januar 1962 zu entrichten war (5 Rappen pro Liter), erreichte nicht die erwartete Höhe von 85 Millionen, sondern nur 51,8 Millionen. Da die Motorisierung 1962 aber noch stärker war als 1961 – die zunehmenden Verkehrsverstopfungen bewiesen das zur Genüge –, erhebt sich die Frage, wo die 55,5 Millionen Franken Zollminderertrag und die 33 Millionen Franken Defizit beim Treibstoffzollzuschlag versickert sind. Des Rätsels Lösung, die natürlich die Finanzierung des Nationalstraßenbaus verzögert, ist leicht zu finden: Die Importeure hatten vor dem 15. Januar 1962 so viel Treibstoff als nur irgendwie möglich war zu niedrigen Zollansätzen eingeführt und zu erhöhten Preisen verkauft. Um zu verhindern, daß Ähnliches mit den Pflichtlagern geschehe, schaltete sich die halbstaatliche «Carbura» ein und kassierte die 5 Rappen pro Liter zum Zwecke der «Ausgleichung der Einstandskosten der Pflichtlager an die gegenwärtigen Marktpreise». Diese Millionen fehlen nun für den Nationalstraßenbau – und bereits hört man in Bern munkeln, man müßte eigentlich den Zuschlag von 5 auf 7 Rappen erhöhen . . .

Den Erdölfirmen geht es überhaupt nicht schlecht. Der extrem kalte Winter hat die Nachfrage nach Heizöl enorm gesteigert, gleichzeitig aber auch die Haupttransportlinien für Erdöl – die Flüsse – einfrieren lassen. Die Preise für Heizöl haben deshalb seit dem letzten Herbst um rund 30 Prozent zugenommen. Der Bundesrat war überdies gezwungen, einen Teil der Pflichtlager freizugeben, da es sich zeigte, daß viele Heizöltanks für einen strengen Betrieb nicht genügend groß waren. Selbst Spitäler hatten zu klein bemessene Vorräte!

Nach monatelangem Schweigen hat anfangs Februar der Migros-Genossenschaftsbund sich endlich zur prekären Finanzlage der Frisia AG geäußert, in der viele Kleinaktionäre ihre Sparbatzen auf Anraten der Migros investiert hatten. Die Fehlbeträge der Erdölraffinerie betragen für die Jahre 1960 und 1961 rund 20 Millionen DM, erst 1962 soll es nach langwierigen Sanierungen gelungen sein, einen kleinen Gewinn herauszuwirtschaften. Mit Dividenden aber ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Dies ist ein Musterbeispiel, wie gefährlich die von kapitalistischen Kreisen so sehr gepriesene «breite Streuung des Eigentums» ist. Der Kleinaktionär hat zur Geschäftspolitik nichts zu sagen, er hilft aber, das Defizit zu finanzieren.

Nach elfwöchigen langwierigen Verhandlungen ist der Landesmantelvertrag im engeren Baugewerbe vom SBHV genehmigt worden. Er gilt bis 1966, bringt keine Reduktion der Arbeitszeit, einen Teuerungsausgleich und etwas höhere Löhne, dazu eine neue Ferienregelung und Lohnzahlung während des Militärdienstes. Zwischen dem SMUV und der Maschinen- und Metallindustrie ist es zu einer Einigung gekommen. Ab 1. Mai 1963 wird die 44-Stun-

den-Woche bei vollem Lohnausgleich eingeführt und ein Teuerungsausgleich ausgerichtet werden.

Aus St. Gallen hörte man eine tragikomische Geschichte: Diesen Sommer wird auf dem Rosenberg die neue «Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften» eröffnet werden. Bereits heute steht fest, daß dieser Neubau – ursprünglich für 1000 Studenten geplant, während des Baues auf eine Kapazität von 1200 Studenten erweitert – zu klein sein wird.

Außerdem fehlt es am nötigen Geld, an Assistenten und – so möchte man beifügen — am nötigen Weitblick... (Abgeschlossen am 10. Februar)

Außenpolitik

Am 21. Januar ging in Ostberlin der 6. Parteitag der SED zu Ende. Sensationelle Ergebnisse zeitigte er nicht. Das Hauptgewicht wurde auf die wirtschaftliche Entwicklung der DDR gelegt, die eine ähnliche Reorganisation zu treffen hat, wie sie die Sowjetunion vor wenigen Monaten einführte. Vor dem Parteitag war der Staatsplanungschef Karl Mewis abgesetzt worden, anfangs Februar wurde auch Gerhard Grüneberger als Landwirtschaftsminister in die Wüste geschickt. An seine Stelle trat für wenige Tage Karl-Heinz Bartsch, der jedoch am 9. Februar wieder abgesetzt wurde, da es sich herausgestellt hatte, daß er Mitglied der Waffen-SS und der NSDAP gewesen war.

Im chinesisch-russischen Konflikt wurden am Kongreß keine großen Fortschritte erzielt. Chruschtschew plädierte für einen Waffenstillstand, der chinesische Delegierte legte unter Protestgetrappel der SED-Leute seinen Standpunkt dar und forderte insbesondere eine kommunistische Tagung, an der die Differenzen beigelegt werden sollten. Zu dieser Tagung sollten jedoch diejenigen, die den Konflikt begonnen hätten, einladen. Moskau scheint diesen zarten Wink verstanden zu haben; am 10. Februar wurde auf alle Fälle von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eine Zusammenkunft aller kommunistischen Parteien vorgeschlagen, um die bestehenden Differenzen zu besprechen, die wohl vorhanden seien, das Gemeinsame aber niemals übertönen könnten. Jugoslawien aber dürfe nicht aus der kommunistischen Welt ausgeschlossen werden, da es seine Fehler erkannt habe und bestrebt sei, sie zu beheben.

Auch im Westen bestehen Differenzen, die aber schwerwiegenderer Natur sind. Adenauer und de Gaulle haben – um die deutsch-französische Einigung zu besiegeln – ein Abkommen unterzeichnet, das eine politische, militärische und kulturelle Zusammenarbeit vorsieht. Dieser Vertrag vom 22. Januar hat

scharfe russische Protestnoten zur Folge gehabt und auch führende westliche Kreise verärgert, sind doch fast zur selben Zeit, am 29. Januar, die Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG am Widerspruch Frankreichs gescheitert. De Gaulle, der mit seinem Entscheid die meisten Regierungen des Westens vor den Kopf gestoßen hat, hat sicher nicht ohne Zustimmung gewisser französischer Wirtschaftskreise gehandelt. Es zeigt sich nämlich, daß man in Frankreich langsam besorgt ist über die zunehmende Aktivität amerikanischer Riesenkonzerne in der EWG im allgemeinen, in Frankreich im besondern. Insbesondere hat die Übernahme der Simca-Autowerke durch die Chrysler Corporation, die nun 63 Prozent der Geschäftsanteile besitzt, in Frankreich Aufsehen erregt. Eine Konferenz der Finanzminister der EWG, an der Frankreich gewisse Kontrollmaßnahmen gegenüber ausländischen Investitionen, insbesondere gegenüber amerikanischen, vorschlagen wollte, wurde abgesagt. Das französische Unbehagen bleibt jedoch bestehen.

De Gaulle sucht nun Verbündete in Spanien, das mit den USA vor Verhandlungen über die amerikanischen Stützpunkte auf Spanien steht. Der allzeit wendige Franco aber will sich nicht einseitig binden . . .

Während man über den Abzug der russischen Raketen aus Kuba jeden Tag in unseren Zeitungen seitenlange Berichte lesen konnte, waren dieselben Zeitungen über den Abzug der amerikanischen Raketen aus der Türkei, Italien und England eher schweigsam. Diese Raketen seien veraltet, hört man aus Amerika, während man auf dem Höhepunkt der Kubakrise von einem Abbruch der «lebenswichtigen» amerikanischen Raketenbasen in der Türkei nichts wissen wollte.

Kennedy wird seines Sieges in Kuba nicht froh. Kein Tag vergeht, da er nicht über die schlimme Lage in Kuba, die Gefährdung Amerikas, die zukünftige Politik der USA gegenüber der kommunistischen Insel ausgefragt und hart angegriffen wird. Man muß eine eigentliche amerikanische Kubahysterie feststellen. Amerika ist überhaupt in keiner beneidenswerten Lage. Die Wirtschaftsflaute dauert an, trotzdem im neuen Budget ein geplantes Defizit von rund 10 Milliarden Dollar und eine Steuerrevision vorgesehen sind. Die atlantische Gemeinschaft ist sehr brüchig, die Politik Amerikas nicht immer sehr geschickt. So führte die amerikanische Forderung an die kanadische Regierung, endlich einmal Atomköpfe einzuführen, und Diefenbakers Weigerung, dieser «unzulässigen Einmischung» Folge zu leisten, am 5. Februar zum Sturz der konservativen Regierung, zur Auflösung des kanadischen Parlamentes und zur Ansetzung von Neuwahlen für den 8. April. Amerikas Druck auf Schweden, Deutschland, Japan und England, Rußland keine großen Röhren für Pipelines zu liefern, wurde ebenfalls nicht sehr freundlich aufgenommen. Insbesondere Deutschland und England sind um

solche Aufträge sehr froh, entspricht doch die wirtschaftliche Entwicklung der Schwerindustrie keineswegs den Erwartungen. England denkt sogar daran, russisches Erdöl einzuführen, falls seine Werften Aufträge für russische Schiffe erhalten! Großbritannien zählte Ende Januar rund 815 000 Arbeitslose, eine Zahl, die nur noch 1947 übertroffen worden war. Am 17. Januar wurde die Labourparty von einem schweren Verlust betroffen: Ihr Führer, Hugh Gaitskell, starb ganz plötzlich. Als sein Nachfolger wird wahrscheinlich Wilson gewählt werden.

Am 21. Januar wurde mit dem Einmarsch der UNO-Truppen in Kolwezi, der letzten Bastion Tschombes, der Sezession des Katangas, nach rund 30 Monaten, ein Ende bereitet. Tschombes Söldner flohen, meistens nach Angola, Tschombe selber traf am 9. Februar in Nizza ein. In der Bank von Katanga sind Kapitalien im Wert von über 10 Millionen Schweizer Franken spurlos verschwunden . . .

Im Nahen Osten gärt es weiter. Noch ist der Ausgang der jemenitischen Revolution ungewiß, und schon wieder erfolgte ein neuer Umsturz: Am 8. Februar wurde die Residenz General Kassem in Bagdad von revoltierenden Offizieren angegriffen. Kassem selber wurde am folgenden Tag mit andern Offizieren hingerichtet. Erst 1958 hatte er durch einen Umsturz, bei dem der irakische König Faisal und seine sämtlichen Familienmitglieder getötet wurden, die Herrschaft im Irak ergriffen. Über die Ziele der neuen Regierung weiß man noch nicht allzu viel; sicher dürfte jedoch sein, daß sie einen pro-nasserischen – und damit anti-israelischen – und anti-kommunistischen Kurs verfolgen wird.

Am 7. Februar wurde endlich auch der am 27. Oktober verhaftete Rudolf Augstein, der Herausgeber des «Spiegels», freigelassen. Wenige Tage vorher war der «Spiegel»-Bericht veröffentlicht worden, und zwar in der zweiten Fassung des Rapportes einer Kommission, der leitende Beamte der vier beteiligten Ministerien angehörten. Es war nicht gelungen, weitgehende Unstimmigkeiten auszumerzen. Insbesondere widersprechen sich in diesem Bericht die Aussagen des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums. Fest steht auf alle Fälle, daß Strauß eine ganz üble Rolle spielte. Unter Umständen reicht es ihm, der in der Zwischenzeit zum Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bundestag gewählt wurde, sogar zu einem Strafverfahren.

(Abgeschlossen am 10. Februar)